



Lokalzeitung für Marzahn und Biesdorf – Nachrichten, Ratgeber, Einkaufstipps



Es sprudelt wieder

BERLIN. Auch am Märchenbrunnen sprudelt es seit einigen Wochen wieder: im Sommerhalbjahr gehören die Wasserspiele der fast 300 Zierbrunnen im ganzen Stadtgebiet einfach dazu. Sie sind beliebte Aufenthaltsorte und nicht selten künstlerische Juwelen mit interessanter Geschichte. Foto: Christian Hahn

Widerstand gegen XXL-Bau

MARZAHN: Anwohner der Hohensaatener Straße kämpfen gegen Hochhaus-Plan

von Oskar Paul

In der Hohensaatener Straße im Nordosten von Marzahn sollen 375 Wohnungen gebaut werden – von dem landeseigenen Wohnungsunternehmen Gewobag. Günstiger Wohnraum, der in der immer weiter wachsenden Hauptstadt dringend benötigt wird.

Doch die Anwohner aus der Straße wehren sich. Mehr als 2000 Unterschriften haben sie gesammelt und auf der jüngsten Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in einem Einwohnerantrag übergeben. 2000 Unterschriften gegen den Hochhausbau.

Anwohnerin hat noch eine Frage an die für Bau zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Heike Wessoly (CDU). „Stimmen Sie dem zu, dass das geplante Bauvorhaben in seiner Dimension die Grenzen des Zumutbaren bei weitem überschreitet und die bisherige Lebensqualität der Anwohner erheblich beeinträchtigen und verschlechtern wird?“, fragt sie.

Sie liest von einem Blatt Papier ab, ihre Stimme hallt laut und klar durch die Bezirksverordnetenversammlung von Marzahn-Hellersdorf. „Eine Frage. Ein Ja oder ein Nein?“ Zuvor hatte die Stadtentwicklungstadträtin über zwölf Minuten

lang auf Frau Fragen zu dem Bauvorhaben in der Hohensaatener Straße geantwortet. Also: Ja oder nein? „Das würde ich differenziert beantworten“, sagt Wessoly. Und das fasst das Dilemma ganz gut zusammen.

Rund drei Stunden bevor Frau an das Mikrofon in der BVV trat, sitzt sie gemeinsam mit ihrem Mann am Wohnzimmertisch in ihrer Plattenbauwohnung an der Hohensaatener Straße im sechsten Stock. Sie bietet Kaffee an. Von ihrem Balkon aus können die beiden Rentner den Marzahner Nordosten überblicken, bis zu den grünen Ahrenfelder Bergen.

Direkt vor ihrer Haustür befindet sich die marode „Kleeblatt-Passage“. Ein Schlecker-Schild hängt in einem der leerstehenden Läden. Die Gewobag will die Passage abreißen und Wohnungen bauen, sechs, acht und 16 Stockwerke hoch, plus ein zurückgesetztes Stockwerk obendrauf, insgesamt entstehen 375 Wohnungen. Im Erdgeschoss soll Platz sein für fünf Gewerbeeinheiten. Wenn der Bau kommt, dann blicken Herr und Frau nicht mehr ins Grüne, sondern in die Wohnungen ihrer neuen Nachbarn auf der anderen Straßenseite. Der Bauantrag liegt beim Bezirk.

Lesen Sie mehr auf Seite 3.

Schlechte Aussichten

MARZAHN: Anwohner der Hohensaatener Straße wehren sich gegen einen XXL-Bau von 375 neuen Wohnungen

Fortsetzung von Seite 1

In den 1970ern und 1980ern wurde hier schon einmal hoch gebaut. Die Plattenbauwohnungen sprossen in Marzahn in die Höhe. 1984 zog die Familie nach Marzahn in eine neu gebaute Wohnung. Die Marzahner erkannte man damals an ihren vom Bauschlamm verdreckten Schuhen. Auf dem Weg zur Arbeit trug Frau deshalb Gummistiefel. „Aber es war toll“, erinnert sich Frau. „Wir haben immer gerne hier gewohnt.“ Doch jetzt fürchten sie um ihren Kiez.

Dort, wo heute die Passage vor sich hin gammelt, war früher das Zentrum des Kiezes, erzählen sie. Mit einer Kaufhalle und alle vier Wochen wurde in einer Mitternachtsdisco getanzt. Das ist jetzt lange her, das alte Gebäude wurde abgerissen, die Passage gebaut, das Angebot weniger. Heute gibt es am Rand der ansonsten leere Passage noch einen Kik, einen Penny, eine Dönerbude und eine Apotheke. Tristesse am Stadtrand. Jetzt also die XXL-Baupläne. 375 Wohnungen? „Das erschreckt uns“, sagt Frau.

aber sichtlich angefasst ist, wenn es um den Wohnungsbau in der Hohensaatener Straße geht. Achtzig Prozent der Wohnungen sollen laut Gewobag belegungsgebunden, also Sozialwohnungen sein. Um in eine Sozialwohnung ziehen zu dürfen,



braucht man einen Wohnberechtigungsschein (WBS). Ein WBS wird in verschiedenen Kategorien ausgegeben, die sich nach dem Einkommen bemessen. Rund 60 Prozent der Berliner Haushalte haben tatsächlich Anspruch auf einen WBS. Anspruch auf einen WBS 100 oder 140, die für den Bezug der meisten Sozialwohnungen nötig sind, haben rund 27 Prozent der Berliner Haushalte.



Noch haben freie Sicht von ihrem Balkon an der Hohensaatener Straße. Doch wo heute noch die einstöckige Kleeblattpassage steht, will die Gewobag einen Gebäudekomplex mit insgesamt 375 Wohnungen errichten. Fotos: Oskar Paul

Sie könne es nicht mehr hören, dass Berlin mehr bezahlbare Wohnungen brauche, sagt Frau. „Für wen?“ Wenn das Ehepaar über die 300 geplanten Sozialwohnungen spricht, dann klingen auch Vorbehalte gegenüber Menschen durch, die Sozialhilfe empfangen oder die geflüchtet sind. Auch wenn heute noch gar nicht so klar ist, wer dort einziehen wird. „Es wird eine erhebliche Ver-

schlechterung, egal wer jetzt einzieht“, glaubt Frau. 375 Wohnung, das sind auf einen Schlag hunderte Menschen, die mitten in ihrem Kiez leben. Die einkaufen gehen, die zu den wenigen Ärzten im Kiez müssen, die mit ihren Autos die Parkplätze verstopfen, die lärmern, die Müll produzieren, die mit der vollen Straßenbahn fahren. Herr und Frau haben ihre Leben

lang hart gearbeitet, haben ein braves Leben geführt, draußen in Marzahn. Jetzt plötzlich soll sich alles ändern in ihrem Kiez, nicht mehr schleichend wie in den vergangenen Jahrzehnten, sondern plötzlich. In ihrem Antrag fordern die Anwohner, dass die Bebauungshöhe auf vier Geschosse begrenzt wird und das Bauverfahren darauf ausge-

richtet wird, dass die Nahversorgung und Lebensqualität im Kiez verbessert wird. Unterstützung bekommen sie von der Linkspartei, auch bei der Formulierung des Antrags. Die Partei hatte selbst vor Jahren einen ähnlichen Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung eingebracht.

Es ist nicht der einzige Streit um Wohnungsbau im Bezirk: Auch am Helene-Weigel-Platz oder an der Allee der Kosmonauten organisieren sich Anwohner in Scharen gegen mögliche Wohnbauprojekte. „Ich verstehe die Sorgen und Ängste der Anwohnerschaft“, sagt CDU-Politikerin Heike Wessoly bei der BVV zu Frau Preuß. „Das kann ich gut verstehen. Ich kann aber auch diejenigen gut verstehen und habe auch für diejenigen Verständnis, die dringend eine Wohnung suchen.“

Das Ehepaar Preuß fühlt sich nicht ernst genommen. Ein Gedanke habe sie schlecht schlafen lassen, sagt Frau Preuß ein paar Tage später am Telefon: Wenn das Hochhaus gebaut wird, dann, so sagt sie, sehe sie von ihrem Balkon aus bis an ihr Lebensende keinen Sonnenaufgang mehr.

